

Mitglieder: Frau Bruns
Herr Dr. Dürr
Frau Fendler
Frau Perzul
Herr Richter
Herr Dr. Seeber (Vorsitzender)
Herr Zuch

Beratende Mitglieder: Frau Ambrosy-Schütze
Herr Wagner
Herr Wehner

Bisherige Sitzungstermine: 25. Januar 2010
11. Februar 2010
17. Februar 2010

Die AG Perspektive wurde von der Herbstsynode eingesetzt, um die Vorarbeiten der AG Regionalisierungsziele fortzusetzen. Daher schließt die inhaltliche Arbeit der AG an diese Ergebnisse an. Der inhaltliche Auftrag der Synode lautet: Erarbeitung eines Szenario zur Zukunft der Kirche in Oldenburg. Von der AG wird dabei das Jahr 2020 angepeilt, aber auch der Zeitraum darüber hinaus muss in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Die AG ist in ihren bisherigen Überlegungen von folgenden Voraussetzungen und Rahmenbedingungen ausgegangen:

- Die Kirche in Oldenburg wird in ihrer Gesamtheit weiterhin einem Schrumpfungsprozess unterliegen, allerdings in regional unterschiedlicher Ausprägung.
- Die Zusammenlegung von kleineren Gemeinden zu größeren Einheiten soll nicht mehr weiter forciert werden. Damit sollen in den kleineren Gemeinden die Ängste und Verunsicherungen vor immer mehr Identitätsverlust ausgeräumt werden.
- Die erstmals vorliegende demographische Entwicklung bei den Pfarrern und Pfarrerinnen zeigt eine dramatische Entwicklung. Es wird zu einem erheblichen Verlust an aktiven Pfarrern und Pfarrerinnen kommen, der durch Nachwuchs auch nicht ansatzweise aufgefangen werden kann.
- Der Umgang mit Immobilien muß neu bedacht werden. Die Ergebnisse in der AG Regionalisierungsziele hat einen deutlichen Überhang an Gebäuden erkennbar werden lassen. Dabei wird zwischen Gebäuden und unbebauten Grundstücken zu differenzieren sein.
- Ehrenamtlichkeit wird eine zunehmende Bedeutung erfahren. Der Beschluß des Ehrenamtgesetzes auf der Herbstsynode 2009 weist hier den neuen Weg. Die Bedeutung der Qualifizierung von ehrenamtlich Tätigen wird erheblich zunehmen.

Erste Zwischenergebnisse

Die Kontinuität gemeindlicher Arbeit wird auch künftig wesentlich durch die hauptamtlichen Mitarbeiter der Kirche gewährleistet. Dies sind in den Gemeinden die Pfarrerinnen und Pfarrer sowie die Mitarbeiterinnen der Kirchenbüros, Diakone und Kirchenmusiker. (Die Betrachtung der Beschäftigten in Kindergärten und anderen Einrichtungen wird an anderer Stelle zu bearbeiten sein.

Für die AG Perspektive ist zunächst von zentraler Bedeutung, dass die Grundversorgung der Gemeinden gesichert wird. Daher wurde ein Ansatz entwickelt, wie diese Versorgung flächendeckend gesichert werden kann. Der Vorschlag der AG ist die „Kooperation der Pfarrstellen“ zur Sicherung der pfarramtlichen Versorgung. Dies bedeutet, dass Pfarrerteams gebildet werden, die ausreichend groß sind, um gegenseitige Unterstützung leisten zu können durch Arbeitsabsprachen, bei Vertretungsregelungen usw.. Gleichzeitig ist sich die AG bewußt, dass damit – zumindest im ländlichen Raum – der bisherige gemeindliche „Anspruch“ auf den „eigenen“ Pfarrer aufgegeben werden muß. Vielmehr werden Pfarrerinnenteams dann zuständig sein für jeweils ein regionales Bündel an Gemeinden. Dabei können die Pfarrerinnenteams durchaus unterschiedlich groß sein.

Innerhalb der AG wurde ein Bewertungsmaßstab für diese neue Form der „Verteilung“ und „Besetzung“ von Pfarrstellen beraten, der völlig neue Kriterien für die Zuordnung vorsieht. (Siehe dazu die beigefügte zusammenfassende Darstellung – beraten wurde auf der Grundlage eines wesentlich differenzierteren Papiers).

Im Ergebnis zeigt sich, dass künftig in den Kirchenkreisen bei angemessener Verteilung der zur Verfügung stehenden Pfarrstellen eine Reduzierung zwischen 22% und 35% des jetzigen Bestandes eintritt. Um diese nicht aufzuhaltende Entwicklung aber strukturiert umzusetzen, ist eine genaue Planung erforderlich, die frühzeitig auch die Gemeinden einbezieht. Dabei wird es für die Akzeptanz wesentlich darauf ankommen, nicht nur von Kürzungen und Verschlechterungen zu sprechen, sondern auch deutlich werden zu lassen, dass mit diesen Entwicklungen auch neue Schwerpunktsetzungen ermöglicht werden, mit denen Gemeinden ihr Profil neu ausbilden und sich dadurch auch neu positionieren können. Grundsätzlich soll dabei auch künftig gelten: „Es gibt keine Gemeinde ohne Pfarrerin (zwar ohne „eigenen“, aber für jede Gemeinde sind auch in Zukunft ein oder mehrere Pfarrerinnen zuständig). Diese gesamte Thematik wurde auf der Sitzung am 17. Februar 2010 auch ausführlich mit Frau Lenk diskutiert. Im Ergebnis wird hier ein sehr gangbarer Weg gesehen, die neuen Herausforderungen aktiv anzugehen und auch die Chancen, die sich durch diese Entwicklung eröffnen, aufzugreifen.

Bei einer erkennbaren Entwicklung für Zuständigkeiten von Pfarrerinnen für mehrere Gemeinden bedeutet das auch, Lösungen zu finden, wie einerseits verlässliche „Sprechzeiten“ in den einzelnen Gemeinden sichergestellt werden können und andererseits das Thema der Residenzpflicht gelöst werden kann. Bei Allem bleibt wichtig, daß die so verbundenen Gemeinden selbständig darüber entscheiden, wie Schwerpunkte gesetzt und Kernaufgaben verteilt werden.

Dies alles bedeutet natürlich auch eine erhebliche Umstellung und Änderung in den Aufgaben (und Verantwortlichkeiten) der ehrenamtlich tätigen Personen. Es wird daher künftig auch eine wesentliche Herausforderung darstellen, für diese Aufgaben – ggf. in neuen Arbeits- und Organisationsstrukturen – fachlich geeignete Personen für eine Mitarbeit in den Gemeinden zu gewinnen.

In der Landeskirche wird mit der beginnenden Umsetzung der Umweltinitiative ein neuer Umgang mit Immobilien eintreten. Neben den „üblichen“ Baumassnahmen wird es künftig auch stets darauf ankommen, den Umweltaspekten angemessen zu

begegnen. Dadurch tritt – vordergründig betrachtet – eine erkennbare Verteuerung bei baulichen Massnahmen ein. Insoweit ist eine ausgeprägtere Wahrnehmung der Kosten der Immobilien auf gemeindlicher Ebene zu erwarten. Bisher ist dieses Kostenbewußtsein eher wenig ausgebildet. Insoweit ist zu erwarten, dass künftig genauer geprüft wird, ob vorhandene Immobilien für gemeindliche Aktivitäten nutzungsrelevant sind oder eher zu einer Belastung gemeindlicher Etats führen. Diese Entwicklung spricht für einen aktiveren Umgang mit Immobilien. Die organisatorischen Voraussetzungen für ein aktives Immobilienmanagement werden gerade aufgebaut. Daher steht für die AG Perspektive der alte Grundsatz „Was im Magen der Kirche gelandet ist, verlässt ihn nicht mehr“ zur Disposition. Dies gilt insbesondere in Zeiten, in denen mit generell schrumpfenden Dimensionen zu kalkulieren ist. Das bedeutet aber keineswegs den Ausverkauf von Sachwerten, sondern es erfordert sind sehr genaue Abwägungsprozesse.

Bisher steht den Gemeinden ein Ertrag aus Verkaufserlösen nur in Ausnahmefällen zur Verfügung. Hier sollte ein neuer Ansatz gefunden werden, grundsätzlich bei Verkäufen die Gemeinden an den Erträgen teilweise zu beteiligen. Fließt ein Teilbetrag des Verkaufserlöses in einen „Umweltfonds der Kirche in Oldenburg“ könnte aus diesen Erlösen z.T. die umweltgerechte Ausstattung weiter zu nutzender Gebäude in Gemeindeeigentum finanziert werden. Dies hätte auch die Wirkung eines übergemeindlichen Finanzausgleichs, würde die Belastungen des landeskirchlichen Haushalts etwas reduzieren und die übergemeindliche Solidarität stärken. Das Thema ist erst lediglich andiskutiert worden – eine feste Position gibt es innerhalb der AG Perspektive noch nicht.

Dies ist der aktuelle Diskussionsstand in der AG Perspektive. Für Nachfragen und ergänzende Informationen stehen alle Mitglieder der AG Perspektive zur Verfügung.

Dr. Jobst Seeber
(Vorsitzender der AG Perspektive)